



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



01. September 2017

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3275

Telefax 0211 871-

Anlage: 60-fach

**Schriftlicher Bericht der Landesregierung zum TOP 3
„Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg - welche Rolle
spielen die Sicherheitsbehörden in NRW?“ der Innenausschuss-
sitzung am 07.09.2017**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

beigefügt übersende ich den schriftlichen Bericht der Landesregierung
zu TOP 3 der Innenausschusssitzung am 07.09.2017.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul

Dienstgebäude:

Friedrichstr. 62-80

40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:

Fürstenwall 129

40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de

www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:

Rheinbahnlinien 732, 736, 835,

836, U71, U72, U73, U83

Haltestelle: Kirchplatz

Schriftlicher Bericht der Landesregierung zum TOP 3 „Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg - welche Rolle spielen die Sicherheitsbehörden in NRW?“ der Innenausschusssitzung am 07.09.2017

Der G 20-Gipfel in Hamburg stellt den vorläufigen Höhepunkt linksextremistischer Gewalt in Deutschland dar. Er belegt nicht nur das Ausmaß der Gewaltbereitschaft der Szene, sondern auch ihre planerisch-logistischen Fähigkeiten zur koordinierten Vorbereitung und Durchführung gewalttätiger Protestaktionen sowie die generelle Bereitschaft autonom agierender Gruppen zur Vernetzung einschließlich ihrer grenzüberschreitenden Mobilisierungsfähigkeit. Auf diese neue Qualität der Gewalt durch Linksextremisten wird die Landesregierung in gleicher Weise wie gegen den gewaltbereiten Rechtsextremismus vorgehen. Das gilt auch für Prävention und Deradikalisierung.

Zu den übermittelten Einzelfragen berichtet die Landesregierung wie folgt:

Wie viele Straftäter stammen aus NRW?

Sind die Straftäter aus dem Ausland über NRW eingereist?

Die im Zusammenhang mit den Straftaten im Kontext des G20-Gipfels in Hamburg festgestellten Straftaten sind aktuell Gegenstand der Ermittlungen der Sonderkommission „Schwarzer Block“, an der auch Ermittlungskräfte der Polizei Nordrhein-Westfalen beteiligt sind, unter Sachleitung der Hamburger Justizbehörden. Ziel der Ermittlungen ist die möglichst umfassende Aufklärung der jeweiligen Tatumstände sowie die Identifizierung der jeweiligen Tatbeteiligten und die Zuordnung ihrer individuellen Tatbeiträge. Diese Ermittlungen zu Tatverdächtigen dauern an. Abschließende Ergebnisse sind der Landesregierung noch nicht bekannt. Insofern liegen der Landesregierung bisher auch keine verifizierten Erkenntnisse über die Anreisewege von Tatverdächtigen vor.

Welche Erkenntnisse hatten nordrhein-westfälische Behörden über mögliche Ausschreitungen?

Die Planung der Protestaktivitäten gegen den G20-Gipfel erfolgte in einer umfassenden, Spektren-übergreifenden Mobilisierungskampagne. An mehreren Aktionskonferenzen nahmen sowohl demokratische Organisationen als auch autonome linksextremistische Gruppierungen teil. Vorab wurde bekannt, dass sich auch Gruppierungen aus NRW an den Protesten vor Ort beteiligen würden. Der

Aufruf für die Demonstration des Bündnisses „Welcome to Hell“ am 06.07.2017 legte die Anwendung von Gewalt nahe. Auch die Brandanschläge im Vorfeld des G20-Gipfels deuteten darauf hin, dass seitens der linksextremistischen Szene Gewalt als Mittel des G 20-Protestes zu erwarten war. Darüber hinaus lagen im Verfassungsschutzverbund eingestufte Erkenntnisse zur Demonstrationstaktik des linksextremistischen G 20-Protestes vor, die ebenfalls den zuständigen Hamburger Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellt wurden.

Über die konkreten und massiven Ausschreitungen, die das Demonstrationsgeschehen des Gipfelprotestes prägten, lagen den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden im Vorfeld keine Informationen vor.

Standen dortige Gewalttäter unter besonderer nordrheinwestfälischer Beobachtung?

Im Vorfeld des G20-Gipfels wurde durch die Sicherheitsbehörden in NRW Aufklärung über mögliche Teilnehmer an den Gegenprotesten in Hamburg betrieben. Alle gewonnenen Informationen wurden den Behörden in Hamburg mitgeteilt. Konkrete Erkenntnisse über aus NRW anreisende Gewalttäter lagen jedoch nicht vor.

Wenn ja, gab es Bemühungen, solche Personen an einer Teilnahme in Hamburg zu hindern?

Gewalttäter aus NRW, die an den Ausschreitungen in Hamburg beteiligt gewesen sein könnten, sind bisher nicht bekannt. Präventiv wurden vor dem sowie während des laufenden G20-Gipfels in Hamburg Gefährderansprachen in NRW durchgeführt.

Was unternimmt die Landesregierung im Kampf gegen Extremismus? Wie sehen die Pläne der Landesregierung konkret aus, um solche Bilder in Zukunft zu verhindern?

Durch eine Reform des Straftatbestands des Landfriedensbruchs sollen sich künftig nicht nur diejenigen strafbar machen, die selbst Gewalt ausüben, sondern auch diejenigen, die sich bewusst einer gewalttätigen Menge anschließen und die Angreifer unterstützen, indem sie ihnen Schutz in der Menge bieten. Vorbereitungs- und Rückzugsorte linksextremistischer Gewalt wie die „Rote Flora“ in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin können im Rechtsstaat nicht toleriert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Linksextremismus wird intensiviert, um linksextremistische Argumentationsmuster und Aktionsformen noch deutlicher zu machen und zu diesem Extremismusbereich aufzuklären.

Zudem wird ein Aussteigerprogramm Linksextremismus (APL) aufgebaut, um Hilfe für ausstiegswillige Extremisten anzubieten. Dabei werden die Erfahrungen aus den Programmen zum Rechtsextremismus und Islamismus genutzt.

Die Sicherheitsbehörden in NRW arbeiten eng zusammen, um extremistische Straftaten zu verhindern. Präventive Konzepte und konsequente Strafverfolgung bilden die Grundlage der Inneren Sicherheit in NRW.

Nach Presseberichten wurden inzwischen 49 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, die bei der Sicherung des G-20- Gipfels im Einsatz waren, eingeleitet - wird auch gegen Polizeibeamte des Landes Nordrhein-Westfalen ermittelt?

Bislang wird im Zusammenhang mit dem Einsatz anlässlich des G20-Gipfels gegen zwei Polizeivollzugsbeamte aus NRW ermittelt.